

Betreff:

LWV-Haushalt 2010
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2010 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert die Hessische Landesregierung auf, angesichts der katastrophalen Haushaltslage der Landeshauptstadt, aber auch der anderen Landkreise, Städte und Kommunen, die einseitige Verpflichtung zum Ausgleich des Haushaltes des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) durch die kommunalen Träger und durch eine entsprechende Erhöhung der Verbandsumlage, aufzuheben.

Die Abgeordneten in der Verbandsversammlung des LWV Hessen werden aufgefordert zu beschließen, den im Haushalt 2010 zu erwartenden Mehrbedarf bei der Verbandsumlage von ca. 66 Mio. € als Defizit auszuweisen und dieses im Rahmen einer sparsamen Haushaltsführung und durch ein Konsolidierungskonzept in den nächsten Jahren auszugleichen.

Begründung:

- Die Steuerausfälle der Landeshauptstadt Wiesbaden werden sich in diesem Jahr auf 117 Mio. Euro belaufen, für 2011 sogar auf 136 Mio. Euro. Das Defizit der Landeshauptstadt bewegt sich in den Jahren 2010 wie in 2011 jeweils knapp unterhalb der 100 Millionen-Euro-Grenze. Anderen Kreisen, Städten und Gemeinden in Hessen geht es noch schlechter. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird darüber hinaus weitere gravierende Einnahmeverluste zur Folge haben. So sind die Kommunen unmittelbar mit 15% bei der Einkommenssteuer und mittelbar über den Länderanteil betroffen.
- Das Ausweisen eines Defizits im Haushalt des 2010 des LWV mit vermutlich ca. 66 Mio. €, bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt 1,5 Milliarden €, entspricht dagegen lediglich einer Größe von nur ca. 4,3 %. Aus den Jahresrechnungen der vergangenen Jahre ist ablesbar, dass diese Summe in absehbarer Zeit wieder auszugleichen ist. So konnten in 2007 - 28 Mio. €, in 2008 - 19 Mio. € und in diesem Jahr können voraussichtlich ca. 10 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz eingespart werden.
- Über die Kreisumlage holen sich wiederum die zumeist seit Jahren mit defizitären Haushalten operierenden Landkreise die Mittel von den Städten und Gemeinden, deren Situation ebenfalls mehr als angespannt ist, was sich in 2010 und den Folgejahren noch verstärken wird.
- Das Land zieht sich trotz steigender Kosten weiter aus der Finanzierung des LWV zurück. Für 2010 werden im Rahmen des Finanzausgleichs 13 Mio. € weniger vom Land an den LWV fließen. Auch diese Entwicklung trägt zu dem steigenden Umlagenbedarf bei. Es ist darüber hinaus unverständlich, wenn sich die Landesregierung auf § 20 des Mittelstufengesetzes zurückzieht und auf einen Haushaltsausgleich beim LWV besteht und es den Regierungspräsidenten und Landräten überlässt, die Haushalte zu genehmigen, die längst nicht mehr genehmigungsfähig sind. Ganz abgesehen davon, dass für das Land selbst seit Jahren verfassungswidrige Haushalte die Grundlage seiner Finanzwirtschaft sind.

Antrag Nr. 10-F-01-0020
SPD-Fraktion

Wiesbaden, 03.02.2010

gez.

Axel Imholz
Fraktionsvorsitzender

f. d. R.

Marc Paffenholz
Geschäftsführer